

Dringliches Postulat Daniele Jenni (GPB): Paradisli und denk:mal bleiben im Schönberg

Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik will einen grossen Teil des Schönbergparks mit Wohnungen für gehobene Ansprüche überbauen. Ein Gesuch für den Neubau zweier Mehrfamilienhäuser mit je fünf Wohnungen und Autoeinstellhalle wurde am 12. Juli 2006 bereits publiziert. Vorgesehen ist ferner der Totalumbau des dort befindlichen, schützenswerten Bauernhauses.

Schon das bereits publizierte Vorhaben zwingt sich rücksichtslos in den zwischen dem Schönberggrain und dem Herrschaftshaus Schönberg gelegenen Teil des Schönbergparks hinein. Wesentliche Strukturen dieses Parks, wie der alte Herrschaftsgarten und die über hundertjährige Mauer, werden dabei zerstört. Perspektive und Harmonie des Hauses und des umgebenden Parks erscheinen in ein unnatürliches Korsett gezwängt und verzerrt. Das Haus selbst wirkt im Rahmen dieses Vorhabens wie ein asymmetrisches Anhängsel der in keiner Weise mehr zum Orts- und Landschaftsbild passenden neuen Bauten.

Im Ergebnis gehen Gesamtzusammenhang und Wirkung des wertvollen Schönberg-Ensembles verloren, einmaliges architektonisches und landschaftliches Kulturgut verschwindet.

Zudem beeinträchtigt die Abholzung alten, geschützten Baumbestandes den Lebensraum von Tieren und Pflanzen schwer und verschandelt die bestehende, historisch zwar durch Menschen geschaffene, aber klar auf natürliche Wirkung gezielte Umgebung nachhaltig.

Diese weitere Zerstörung von Grünflächen im Stadtbereich entspricht weder öffentlichen Interessen noch den gültigen planerischen Zielsetzungen der Stadt. Sie lässt sich aber auch schwer mit Volksentscheiden wie jenem zum Viererfeld in Einklang bringen.

Die Bauvorhaben im Schönbergpark, vor allem der vorgesehene Umbau des Bauernhauses, bereiten aber auch den kulturellen, sozialen und pädagogischen Projekten der Interessengemeinschaft „Paradisli“ und „denk:mal“ ein brutales Ende. Deren Konzept sieht vor, das Areal der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Zäune sollen darum der Vergangenheit angehören, Schulkinder den Park passieren können und nicht den gefährlichen Weg entlang der Hauptstrasse gehen müssen.

Der Herrschaftsgarten soll als Raritätengarten erhalten bleiben, in dem aussterbende Gemüse, Blumen und Kräuter angebaut werden. Das Bauernhaus soll weiterhin ein öffentlicher, nicht gewinnorientierter Kulturort bleiben, der auf der Grundlage freiwilliger Arbeit seiner Betreiberschaft funktioniert. Als Quartiertreffpunkt soll es Raum bieten für eine Volksküche, einen Mittagstisch, für Quartierfeste und vieles mehr. Die Heubühne im Mittelteil soll zu einem Kulturraum umgebaut werden, wo Theater, Vorträge und andere Kleinkunst stattfinden kann. Für den geplanten Umbau und die diversen nötigen, handwerklichen Arbeiten am Bauernhaus bestehen bereits erste Zusagen der „Gesellschaft der fremden Freiheitsbrüder zu Bern“, was qualitativ hoch stehende Ausführung gewährleistet.

All diese Angebote und Anlässe wie Sprachkurse, Kinderkrippen, Lesegruppen, Yoga-, Schweiss- oder Schreinerkurse, aber auch die zukünftigen Pläne zur Aufwertung der Lebensqualität im Quartier (Quartierladen, Beiz, Atelier), sind mit den Bauvorhaben des Fonds nicht vereinbar.

Angesichts der zahlreichen negativen Auswirkungen der Bauvorhaben Schönbergpark (Laubeggstrasse-Schönberg) wird der Gemeinderat beauftragt, zu prüfen

- a) wie der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, namentlich dessen Betriebskommission, zu veranlassen ist, auf die Bauvorhaben Schönbergpark zu verzichten,
- b) wie von einer Überbauung im Bereich Schönbergpark und von einem Umbau des dortigen Bauernhauses Umgang genommen werden soll,
- c) wie stattdessen das Konzept von „Paradisli“ und „denk:mal“ wirksam ermöglicht werden kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Das Baubewilligungsverfahren für zwei Neubauten läuft bereits. Die Publikation eines Baugesuches für den Umbau des Bauernhauses ist jederzeit zu erwarten. Die beantragten Überprüfungen sollen daher rasch, vor Eintreten schwer umkehrbarer Entwicklungen, vorgenommen werden können.

Bern, 24. August 2006

Dringliches Postulat Daniele Jenni (GPB), Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.